

*Redekonzept von
André Hemmerle, Vorstand Nahrungsmittelgewerkschaft, Frankreich,
bei der Maikundgebung der Gewerkschaften im Dortmunder Westfalenpark
am 1. Mai 2016*

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Im Namen der CGT in Frankreich, sowie der Arbeiter-Gewerkschaft für Lebensmittel und Forstwirtschaft, möchte ich Ihnen – möchte ich Euch - ganz herzlich und brüderlich danken für die Einladung am ersten Mai an Ihrer Kundgebung teilzunehmen. Dieses Datum ist äußerst symbolträchtig für den Arbeitskampf in aller Welt, für internationale Solidarität und die Forderung nach Frieden und Entwaffnung.

Im Namen meiner Gewerkschaft und der Arbeitnehmer unserer Berufe überbringe ich unseren brüderlichen Gruß und unsere Solidarität mit Ihrem Arbeitskampf und Ihren Forderungen zur Verteidigung von Arbeitsplätzen und Unternehmen, sowie für bessere Löhne und Renten, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Arbeitgeber haben nie etwas frei herausgegeben ! Unsere Rechte und sozialen Errungenschaften sind in allen Ländern von den Arbeitnehmern zusammen mit deren Gewerkschaften erkämpft worden. Die Mehrzahl unserer Errungenschaften sind von unseren Vorgängern erzwungen worden, oftmals mit vielen Opfern, auch mit Blut und Leben, gegenüber den Kapitaleignern.

Seit dem 1. Mai 1890 - unter Beschluss der 2. Internationalen in Paris vereint - wie viele 1. Mai sind von den Mächtigen unterdrückt worden, von Regierungen und Arbeitgebern, bis dieser Tag uns ohne Abstriche bezahlt wurde, bis wir hier die Forderungen der Arbeitnehmer öffentlich anführen konnten ?

Es bedurfte eines starken Willens und viel Kühnheit und Mut, die Idee eines internationalen Tages für Arbeitnehmerkundgebungen - damals um den 8-Stunden-Tag zu erreichen - unter den wirtschaftlichen, nationalen und internationalen Verhältnissen am Ende des 19. Jahrhunderts zu fordern !

In Frankreich war es 1936 als wir die 40 Stunden, den ersten bezahlten Urlaub (15 arbeitsfreie Tage), kollektive Vereinbarungen, nach langen Streikwochen, Werksbesetzungen und Kundgebungen erkämpfen konnten. Es war zu jener Zeit, als die französischen Arbeitgeber verkündeten "lieber Faschismus als Volksfront !". Heute dient die gleiche Ideologie immer noch den Interessen der Reichen, um ihren Wohlstand zu erhalten ! Einer eurer bekanntesten Theaterautoren, hat er nicht geschrieben "*Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch*". Dieses Jahr, 60 Jahre nach seinem Tod, hat er immer noch recht !

Man musste in meinem Land bis ins Jahr 2000 warten, um zu erreichen, dass ein Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche verabschiedet wurde. 64 Jahre Kampf und Widerstand gegen die Arbeitgeber für einen wesentlichen sozialen Fortschritt zur Arbeitszeit.

Und - um den Ruhestand mit 60 zu erreichen – wie viele Kundgebungen, wie viel hunderttausende, ja Millionen von Arbeitnehmern mussten marschieren, wie viele Generationen mussten sich mobilisieren ?

Gleiches gilt für das gesamte Arbeitsrecht. Die Sozialgesetze sind den Arbeitnehmern nie geschenkt worden. Für jeden sozialen Fortschritt ist es der Widerstand der Arbeitnehmer gegen die Profitstrategien des Kapitalismus, der es erlaubt hat die Ausbeutung des Menschen durch andere Menschen zu begrenzen.

Heute - um Arbeitgeber und Aktionäre zufrieden zu stellen – zerschlägt und beseitigt der französische Staat auf deren Verlangen hin unser Arbeitsrecht. Ein erniedrigender Gesetzesentwurf – basierend auf einer archaisch-kapitalistischen Ideologie des 19. Jahrhunderts – wird momentan in Frankreich diskutiert. Dieser Entwurf sieht vor Kündigungen und Arbeitsplatzabbau zu erleichtern, Entschädigungen für gekündigte Arbeitnehmer übermäßig zu reduzieren, Tagesarbeitszeiten bis zu 12 Stunden zu verlängern – die Wochenarbeitszeit könnte bis auf 46 Stunden sich erhöhen... Dies ist das vorprogrammierte Ende der 35-Stunden-Woche ! Überstunden werden weniger bezahlt, weniger kompensiert. Arbeitnehmer als Opfer von Berufskrankheiten wegen schlechter Arbeitsbedingungen könnten schneller und mit weniger Entschädigungen entlassen werden. Die Arbeitsflexibilität wird verschlimmert. Unternehmensregelungen könnten gegen Kollektivverträge verstoßen und diese wie auch das Arbeitsrecht erniedrigen ! Doch das ist nur ein Teil dieses anti-sozialen Textes, ausgebrütet von einer liberalen sozial-demokratischen Regierung im Dienste der Arbeitgeberinteressen.

Diese Maßnahmen begleiten die immensen finanziellen Geschenke, die den französischen Unternehmen zugestanden werden: 175 Milliarden Euro Freistellungen bei den sozialen und steuerlichen Beiträgen. Die Aktionäre der Unternehmen außerhalb des Finanzmarktes haben 2014 in Frankreich 231 Milliarden Euro eingestrichen ! Der Aktionärsanteil an den globalen Einkommen der Unternehmen hat sich in 16 Jahren um 270% erhöht ! Das berufliche Vermögen der 500 Reichsten beläuft sich auf 460 Milliarden Euro, was eine Erhöhung um 18% gegenüber 2014 darstellt. Um meine Aussagen zu erläutern, hier ein aktuelles Beispiel: der Geschäftsführer von Peugeot wird ein Jahreseinkommen von 5,24 Millionen Euro für 2015 erhalten. Dies ist um 2,75 Millionen erhöht worden - also beinahe das doppelte seines vorherigen Einkommens. Der durchschnittliche Arbeitnehmergehaltszuwachs in meinem Lande beläuft sich auf ungefähr 0,5%. Das Einkommen dieses Geschäftsführers stellt somit nahezu 300 Jahre Minimalgehälter ("SMIC") dar ! Sein Vorgänger hat 21 Millionen Abfindung beim Ausscheiden aus Peugeot erhalten. Es sind diese Geschenke der Aktionäre an ihre Diener, die 17.000 Arbeitsplätze in 3 Jahren vernichtet haben, die Werksschließungen in Frankreich verursachten, und die Arbeitsbedingungen der Verbleibenden verschlechterten.

Und sie sind nicht die einzigen, die sich so die Taschen mit durch Arbeitnehmer erwirtschafteten Gewinnen füllen.

Diese Leute wollen uns Glauben machen, dass Arbeitnehmer teuer sind, dass man deren Gehälter, Renten, Sozialbeiträge und sozialen Rechte kürzen muss !

Nicht nur, dass sie sich an den Gewinnen durch Arbeit laben, sie sind verantwortlich für die Lage von 5 Millionen privaten Arbeitnehmern in Frankreich, für 9 Millionen Personen in Armutsverhältnissen, dies entspricht 14% der französischen

Bevölkerung. Wie viele Arbeitnehmer leben in extremer Armut und können sich keine Unterkunft leisten, sie schlafen in ihrem Auto, oder – wenn sie ihre Miete gerade noch zusammenkratzen können – müssen sie sich an humanitäre Verbände wenden, um ihre Familien und sich zu ernähren !

Um Gewinne zu erhöhen wird die Produktivität intensiv erhöht, Werke zerstört, die Produktion delokalisiert ...

Im Nahrungsmittelbereich sind nahezu 30.000 Arbeitsplätze seit 2008 vernichtet worden. Die Arbeitsproduktivität erhöhte sich um 12,5%. Jeder

Arbeitnehmer der Nahrungsmittelindustrie hat jährlich im Durchschnitt 85.000 Euro Profit für die Arbeitgeber unserer Industrien erwirtschaftet.

Die Wut der Arbeitnehmer, der Bevölkerung sitzt tief !

Seit der Ankündigung des Gesetzentwurfes gegen die sozialen Errungenschaften und das Arbeitsrecht, erweitern sich Kundgebungen und Arbeitskämpfe: 4 Tage im März: am 9., 17., 24. und 31. Heute, nach Aufruf von 4 Gewerkschaften (CGT, FO, Solidaire und FSU) und Studentenverbänden sowie Schülervereinigungen, haben circa 1.200.000 Personen im ganzen Lande protestiert. In 260 Städten haben Kundgebungen stattgefunden. Die Mobilisierung läuft weiter. Zusätzliche Aktionen haben hunderttausende von Protestierenden vereinigt am 9. und 28. April, und gerade heute läuft ein weiterer Aktionstag. Allein am 31 März hat die Nahrungsmittelbranche 300 Streikaufrufe durch die CGT erlebt. 60% der französischen Bevölkerung – aus allen Bereichen - unterstützt den aktuellen Arbeitskampf.

Es gibt keine Alternative. Bei der CGT unterstreichen wir, dass der Sozialabbau sich nicht verhandeln lässt, sondern bekämpft werden muss. Wir hegen keinerlei Illusionen über das Verhalten der Arbeitgeber, der Firmeneigentümer. Sie kennen nur das Konfrontieren von Kräfteverhältnissen. Wenn diese Konfrontation ungünstig für sie dasteht, geben sie minimal nach – wenn sie ihnen günstig steht, werden Arbeitnehmer geopfert.

In unserer Branche haben wir mehrere Beispiele, wo es Arbeitnehmern zusammen mit der CGT gelungen ist, ihre Werke, ihren Arbeitsplatz, ihre Produktionsstätten zu erhalten. Für uns steht außer Frage Werksschließungen und Massenentlassungen zu akzeptieren, Prämien für Entlassungen zu verhandeln.

Jedes geschlossene Werk, jeder verlorene Arbeitsplatz bedeutet weniger Arbeit für unsere Jugend, für alle Arbeitssuchenden.

Deshalb haben unsere Bundesbrüder in einem Werk für Tee und Aufgüsse in Marseille 1.336 Tage gegen die Schließung ihres Unternehmens gekämpft, gegen die Multinationale UNILEVER, welche die Produktion nach Polen verlagert hat. Bei der Ankündigung der Schließung haben die Arbeitnehmer - zusammen mit der CGT – das Werk Tag und Nacht besetzt, und den Abtransport der Maschinen zu verhindern. Während ungefähr 4 Jahren haben sie spektakuläre Aktionen durchgeführt, vor dem Firmensitz von UNILEVER-France, Besetzungen des Agrarministeriums und anderer Orte. Sie haben mehrere Gerichtsverfahren gewonnen, welche die Arbeitgebervergehensweisen in Frage stellten. Sie haben ferner UNILEVER-Produkte aus Supermärkten entfernt. Die CGT hat eine landesweite Boykott-Campagne gegen die Produkte dieses Unternehmens organisiert und gestartet. Sie hat die Präsidentschaftskandidaten, Abgeordnete,

politische Entscheidungsträger bei nationalen Medienterminen eingeschaltet. Gleichzeitig hat sie – zusammen mit unseren wirtschaftlichen und juristischen Experten – einen Übernahmeplan des Werkes durch die Arbeitnehmer ausgearbeitet, in Form einer Arbeiter-Kooperative, um die Produktion wieder anzuwerfen. Durch ihren Kampf hat sie die öffentliche Hand, Ministerien und den Präsidenten gezwungen Druck auf UNILEVER auszuüben. Sie hat regionale öffentliche Einrichtungen gezwungen, an der Wiedereröffnung des Werkes teilzunehmen und die Eigentumsrechte zu übertragen. UNILEVER musste seinen Auflösungsplan aufgeben und scheiterte somit. Nach 1336 Tagen des Widerstandes und eines konstruktiven Arbeitskampfes wurden die Angestellten Eigentümer - sie bestimmen und verwalten ihre Kooperative. Seit mehreren Monaten produzieren und verkaufen sie ihre Waren selbst. Inzwischen erzeugen sie Aufgussartikel basierend auf biologischen Lindenblüten, die im Südosten Frankreichs – wenige Kilometer vom Werk - angebaut werden. Die Vorgehensweise erlaubt es, die lokale Lindenblüten-Produktion zu unterstützen und ihr einen neuen Absatzmarkt zu bieten, während UNILEVER vom Ausland einführen ließ und den lokalen Anbau vernachlässigte. Für den Tee bedienen sie sich jahrhundert-alter Plantagen in Vietnam, zu den gleichen Bedingungen kultiviert wie die Lindenblüten. Schließlich ist es ihnen gelungen die Ergebnisse ihrer Arbeit zu verkaufen, nicht nur in zahlreichen Geschäften der Region (Auchan, Casino, Intermarché), sondern auch im ganzen Lande. Einer ihrer Kunden ist CARREFOUR - bei dem sie die Regale entleert hatten – und der heute die Qualität ihrer Tee & Aufguss-Marke anerkennt, die mit "1336" benannt wurde.

Mit der gleichen Vorgehensweise ist es uns gelungen ein Speiseeis-Unternehmen zu retten, das heute als "La Belle Aude" ("Die schöne Aude-Region") bekannt ist, erzeugt von ihrer Kooperativen "La Fabrique du Sud" ("Das Werk des Südens") in Carcassonne. Auch hier hatte der Eigentümer – die englische Multinationale "R and R Ice Cream", die auch ein Werk in Deutschland besitzt – die Schließung des Werkes beschlossen. Inzwischen, nach einem Jahr neuen Betriebs, hat diese Kooperative ihre Planzahlen übertroffen und erzeugt eine traditionelle Eiscreme hoher Qualität, ausgehend von biologischen Produkten, verkauft in der Region und darüber hinaus.

Hier also zwei Beispiele gewonnener Arbeitskämpfe !

Berthold Brecht schrieb: "*Jene die kämpfen sind nicht sicher zu gewinnen, aber jene die nicht kämpfen, haben schon verloren*".

Für die CGT-Nahrungsmittel & Forstwirtschaft steht es außer Frage weder Werksschließungen, noch Arbeitsplatzabbau zu akzeptieren.

Jedes Mal rufen wir die Arbeitnehmer dazu auf, ihre Arbeitsplätze und ihre Arbeitsstätten zu verteidigen. Indem sie ihren Arbeitsplatz, ihre Arbeitsstätte, ihr Unternehmen erhalten, verteidigen sie nicht nur ihre eigene Zukunft, sondern bereiten diese auch für ihre Kinder, für die Jugend vor.

Wir sind weder naiv, noch von Illusionen getragen. Auch wenn Arbeiter-Kooperativen eine kurzfristige Antwort darstellt auf die Politik industrieller Werks- und Arbeitsplatz-Zerschlagung, organisiert von den kapitalistischen Unternehmenseigentümern, so sind grundlegendere Maßnahmen notwendig.

Für uns – was die Nahrungsmittelindustrie und unsere Arbeitsplätze angeht – so fordern wir die Sozialisierung der Produktionsmittel und die Enteignung der Aktionäre. Wir stellen folgende Frage: "Kann man einen für den Menschen lebenswichtigen Sektor wie die Ernährung in den Händen privater Interessen

belassen, die eine finanzielle Rentabilität von 15 bis 20% suchen, inclusive dramatischer Konsequenzen für das Leben der Menschen ?". Wir unterstreichen deshalb: "Es muss den Arbeitnehmern möglich sein, die Produktionsmittel kollektiv zu übernehmen und dabei die Verwaltung in der notwendigen Form frei zu wählen".

Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zur Europäischen Union.

Die erste, die für alle Arbeitnehmer in allen Ländern Europas unverkennbar ist : die Politik der Europäischen Union verschärft die kapitalistische Krise. Die europäische Zentralbank (BCE), die Weltbank und der Internationale Währungsfond (FMI) wollen - auf Verlangen des Grossbürgertums und der abhängigen Regierungen - ihre Regeln den Staaten, Nationen und den Menschen unseres Kontinentes diktieren.

Alle Länder und ihre Arbeitnehmer sind betroffen von dieser anti-sozialen Politik zum Profit von Aktionären, multinationalen Industriegruppierungen und Arbeitgebern. Die demokratischen Entscheidungen der Völker werden unterdrückt, wie in Griechenland, aber auch in Irland, Holland und in Frankreich. Eine Handvoll politischer Entscheidungsträger aus anderen Ländern entscheiden anstelle der Bevölkerung. Die Maßnahmen der Sparpolitik schlagen genauso zu in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Belgien, Zypern, England, Frankreich und sogar hier bei Ihnen in Deutschland. Wir haben alle von den Maßnahmen gehört, die Ihnen in Zusammenhang mit dem "Hartz IV"-Plan aufgebürdet wurden, verschlimmert noch durch die anti-sozialen Anordnungen, die folgten. Die Jagd auf Arbeitnehmer, die Opfer von Entlassungen waren und in Arbeitslosigkeit verstoßen wurden, mit Reduzierungen bis hin zur Streichung von Sozialleistungen. Das Armutsleben von Rentnern, die erneut Arbeit suchen müssen, um die zu geringen Rentenzahlungen aufzubessern. Die Manipulation der realen Arbeitslosenzahlen, aus denen sie durch Verweigerung ihrer Rechte so verdrängt wurden...

Die Arbeitgeber in Frankreich preisen uns dieses deutsche Modell an, aber wir wissen es – dieses Modell existiert nicht. Der deutsche Arbeitnehmer wird genauso ausgenutzt wie Arbeitnehmer in Frankreich, Belgien, Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Polen, etc... Auch bei Ihnen verfügen die 10% reichsten Familien über mehr als 50% der Einnahmen aus dem gesamten Staatsvermögen. Gegenüber stehen 50% der ärmsten Familien, die nur wenig mehr als 1% des Nettostaatsvermögens besitzen. Das heisst gar nichts ! Es scheint, dass 30% der deutschen Arbeitnehmer über keine Sozialleistungen verfügen. Mehr als 5 Millionen arbeiten in Teilzeit und mehr als 4 Millionen erhalten einen Minimallohn oder gar weniger.

Etwa 22 Millionen Arbeitslose in den Ländern der europäischen Zone, 12% der aktiven Bevölkerung – so ist die Realität ! Dies sind nur offizielle Zahlen, die Wahrheit ist viel schlimmer, wenn man die mitzählt, die in totaler Mittellosigkeit leben, ohne jedes Einkommen. Seit 2008 hat sich diese Arbeitslosigkeitsquote um 70% erhöht !

Man preist uns das soziale Europa an. Nichts ist sozial in diesem Europa ! Sozialer Fortschritt kann nur erreicht werden durch Arbeitskampf in jedem Unternehmen, in jedem Land.

Das Europa, das wir kennen, war nie ein Europa der Völker, weniger noch der Arbeitnehmer, sondern des Kapitals. Die es ins Leben riefen, haben es von Anfang an vor allem für kapitalistische Aspekte aufgebaut, wie das "Kohle-Stahl"-Abkommen, und keineswegs zur Optimierung der sozialen Errungenschaften in den

verschiedenen Ländern. Dennoch gibt es Hoffnung auf andere soziale und wirtschaftliche Wege. Arbeitskämpfe, die sich in jedem europäischen Land entwickeln, zeugen davon. Dies gilt für Spanien, Portugal, Griechenland, Italien, Belgien und Frankreich. Durch die Mobilisierung der Arbeitnehmer mit ihrer Gewerkschaft "CGT-Portugal" hat die portugiesische Regierung gezeigt, dass soziale Verbesserungen möglich sind. Gesetzentwürfe sind vorgesehen, um die 35-Stunden wieder einzuführen, die von den Rechten unter Druck der "Troïka" beseitigt wurden, die Arbeitslosenleistungen werden erhöht, Feiertage wieder eingeführt, der Minimallohn um 5% erhöht, etc...

Zuallerletzt wollen uns prominente Spezialisten überzeugen, dass Europa für Frieden steht. Aber von welchem Europa sprechen sie ? Von jenem, das Stacheldrahtzäune an seinen Grenzen aufbaut ? Jenes, das Flüchtlinge an die Türkei verkauft ? Jenes, das sich weigert die aufzunehmen, die vor Kriegen flüchten, welche vom amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten angezettelt wurden, mit Hilfe und Unterstützung von Regierungen der europäischen Länder, teils Mitglieder in der NATO ? Jenes, welches die ablehnt, die vor der Misere flüchten, vor Hungersnot und Tod, wegen neokolonialistischer Politik in Afrika und anderswo – wo Hunger, Fehl- und Unterernährung hervorgerufen werden bei nahezu einer Milliarde Menschen auf der ganzen Welt ?

Im Irak, in Afghanistan, Libyen und Syrien, was dort vor allem die Kriege und Militärinterventionen begründet, ist die Kontrolle der Erdölquellen und deren Abtransport gen Westen.

Andere und ähnliche Fragen stellen sich, um die wahre Verantwortung zu lokalisieren für die aktuellen Konflikte sowie das Aufblühen religiöser und faschistoider Extreme. Wahrhaft, waren es nicht die Vereinigten Staaten, vor allem durch die CIA, welche die Taliban und Ben Laden im Jahrzehnt um 1980 unterstützt haben, bis zu ihrer Machtergreifung in Afghanistan ? Wer unterstützt die Abspaltung "Al Qaida" in Syrien, sind es nicht Regierungen europäischer Länder ? Ist Frankreich nicht einer der größten Waffenlieferanten in Saudi Arabien, einem Freund von Daesh ?

Deshalb, mehr denn je sollte die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften für Frieden und Entwaffnung kämpfen.

Ich erinnere mich an die Osterfriedensmärsche in Deutschland, an denen die Aktivisten der CGT teilnahmen, vereint mit den deutschen Volke. Dieser Kampf für den Frieden, für Waffenruhe ist von höchster Wichtigkeit. Die Gelder für Waffen müssten stattdessen dem sozialen Fortschritt dienen. Die Forschung im Militärbereich muss reorientiert werden und dem wissenschaftlichen Fortschritt dienen, um gegen Krankheiten zu kämpfen, und für Technologien, die Arbeitslast erleichtern, um weniger beschwerlich und überhaupt weniger zu arbeiten – für alle !

Es ist genau in diesem Kampf um Frieden und gegen Bewaffnungswettlauf wo unsere Übereinstimmung am größten ist.

Ohne Frieden ist kein sozialer Fortschritt möglich. Im Kriegszustand werden Freiheiten unterdrückt, Forderungen geknebelt, eingeengt.

Deshalb - mit diesem Willen zu universalem Frieden, mit unseren sozialen und wirtschaftlichen Forderungen nach Demokratie bei der Arbeitstätigkeit und in der Politik - wird der Tag kommen, an dem der erste Mai als "Internationales Fest der Arbeit" gefeiert wird, in einer Welt, in der die freie Arbeit wirklich dem Glück aller

dient, unabhängig von Staatsangehörigkeit oder Glaubensrichtung. Einer Welt, in der ein anderes Konzept die Beziehungen zwischen den Menschen beherrscht, in der jede Vormacht, jeder Drang nach Vorherrschaft, jedes Zurückgreifen auf Gewalt ausgeschlossen ist, jede Gewalttätigkeit verbannt wird.

Der erste Mai ist der Träger dieses humanistischen Ideals – und dies ist es, was unsere Zukunft garantiert.

Es lebe die internationale Solidarität !

Es lebe der Arbeitskampf in Deutschland und Frankreich !

Und: : "Proletarier aller Länder, vereinigt euch !"